

Wahlperiode 2018/2019

30.08.2018

Antrag

**der Fraktionen CampusGrün,
Liste LINKS Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive,
SDS* - Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband sowie
des Mitglieds Tobias Berking**

Weltweit solidarisch: Fluchtursachen bekämpfen – Menschenrechte sind unteilbar!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Es gibt auf der Welt 65,5 Millionen Flüchtlinge. Von denen leben 85% in Ländern, die vom globalen Norden in Unterentwicklung gehalten werden. Flucht ist eine massenhafte Bewegung auf Grund von und gegen politisch geschaffene, strukturelle Lebensunsicherheit für einen großen Teil der Weltbevölkerung. Weltweit gibt es deshalb solidarische Aktivität zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht, für wahrhaft humanitäre Hilfe und für ein würdiges Leben aller, durch die Verwirklichung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte.

Es gibt viele Gründe zur Flucht, aber im Zentrum steht eine Ursache: Die wachsende Ungleichheit von Arm und Reich im globalen Maßstab. Eine Welt, in der 1,2 Milliarden Menschen durch die sozio-ökonomischen Verhältnisse genötigt sind, einen Überlebenskampf zu führen während nur ein Prozent der Weltbevölkerung über mehr als die Hälfte des globalen Reichtums verfügt, ist keine menschenwürdige Welt. Sie ist die Folge einer unregulierten und räuberischen Ausdehnung kapitalistischer Verwertungsprozesse und herrschender Profitinteressen – in nahezu allen Winkeln der Welt und allen Lebensbereichen. Das schafft Fluchtursachen – sei es durch Kriege und Gewalt für den Absatz von Rüstungsgütern und die Kontrolle von Bodenschätzen und Handelswegen durch die mächtigsten Staaten der Welt; sei es durch Landgrabbing und Raubbau für die Gewinninteressen größter Konzerne; sei es für Dumpinglöhne und Dumpingpreise durch sogenannten Freihandel und Subventionen, der jedes Recht und jede Möglichkeit einer nachhaltigen Produktion und würdiger Arbeit untergraben; sei es mit Spekulation auf Lebensmittel; sei es die kurzsichtige Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit, die einer macht- und

gewinnhungrigen Energiewirtschaft dient; sei es durch die Privatisierung von öffentlichen Leistungen für Gesundheit, Bildung und regionale Prosperität.

Diese globale Ungleichheit ist Terror gegen nahezu die gesamte Menschheit. Die sozialen Unterschiede zwischen den 99% sind im Verhältnis zu dieser Ungleichheit marginal. In dieser Gleichheit der Vielen liegt die erkennbare Chance und die Notwendigkeit für eine befreiende Wende der gesellschaftlichen Entwicklung weltweit. Darin liegt auch die Verantwortung und Möglichkeit, sichere Fluchtwege und solidarische Aufnahme von Geflüchteten hier durchzusetzen.

Obleich der zynische Reichtum und damit die politische Macht der weltweit Herrschenden und ihrer Eliten barbarisch ist, sind diese Verhältnisse von Menschen gemacht. Sie sind Folge falscher politischer Entscheidungen. Diese Politik ist täglich umkämpft. Die Verhältnisse, in denen wir leben, sind von größten Widersprüchen geprägt: Sie sind Ausdruck immenser produktiver Arbeit und ihrer destruktiven Ausbeutung. Wo Unterdrückung herrscht ist auch Widerstand. Wo Manipulation organisiert wird, wird Aufklärung erneuert. Die ökonomische und zivilisatorische Krise fordert global emanzipatorische Bewegungen heraus. Die Zukunft der Menschheit braucht solidarische weltweite Beziehungen auf jeder Ebene: politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Alle sind von allen abhängig. Wenn die Mehrheit der Menschen dies selbstbewusst erkennt, wächst solidarisches Denken und Handeln. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Flucht und der globalen Ungleichheit ist deshalb die vorrangige Bildungs- und Wissenschaftsaufgabe unserer Zeit.

Wir fordern:

- Volle Wiederherstellung des Asylrechts im Grundgesetz der BRD
- Die sofortige Schaffung und Ermöglichung legaler und sicherer Fluchtwege
- Die sofortige Beendigung aller Militäreinsätze von Bundeswehr und NATO
- 2% des BIP für echte Entwicklungshilfe statt für Militärausgaben
- Schluss mit Austerität und Schuldenbremse - für den massiven Ausbau von Sozialstaat, Bildung, Kultur und Gesundheit für bessere Lebensbedingungen für Alle
- Einführung von Zivilklauseln für alle Hochschulen und Ausbau der Friedensforschung

Das Studierendenparlament ruft auf:

Samstag, 1. September 2018 - 14:30

Demonstration zum Antikriegstag 2018

Auftaktkundgebung: 14.30 Uhr, Deserteursdenkmal (U-Bahnhof Stephansplatz / S-Bahnhof Dammtor), Redner: Prof. Werner Ruf (Kassel), anschl. Demonstration zum Gewerkschaftshaus Besenbinderhof, dort Abschluß: (ca 16.30 Uhr), Rednerin: Monika Koops (ver.di AK Frieden)

Sonntag, den 2. September - 14:30 Uhr Landungsbrücken

Großdemo SEEBRÜCKE - "Hamburg zum sicheren Hafen machen"